



Innenausschuss

3. Sitzung (öffentlich)

27. September 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

5

Aus dem Ausschuss erhebt sich gegen den Vorschlag, die als Nrn. 1 und 2 in der Tagesordnung vorgesehenen Punkte „Die Innenpolitik in der 16. Wahlperiode“ und „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans ...“ erst nach Erscheinen des Ministers für Inneres und Kommunales, der sich noch auf der Jubiläumsfeier der Polizeifliegerstaffel befindet, aufzurufen, kein Widerspruch.

- 1 Fünftes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums** **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/178

Diskussion

Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und CDU bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten.

- 2 Modernes Regieren im digitalen Zeitalter – Open Government Strategie für Nordrhein-Westfalen vorantreiben!** **7**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/811

Diskussion

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen und das Weitere dazu im Obleutegespräch zu klären.

- 3 Einsatz oder Ausbildertätigkeit nordrhein-westfälischer Polizeikräfte im Ausland** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) **10**

Vorlage 16/183 und Vorlage 16/232 (mit Datum vom 4. Oktober 2012)

Diskussion

- 4 Wie steht es um den Feuerwehrführerschein/Führerscheinerweiterungen C1 in NRW?** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) **11**

Vorlage 16/180

Diskussion

Innenausschuss

27.09.2012

3. Sitzung (öffentlich)

nie

- 5 Rettungsdienstgesetz NRW, Katastrophenschutz sowie Neuausrichtung des FSHG NRW** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) **13**
Anlage)
Vorlage 16/179
Diskussion
- 6 Die Innenpolitik der 16. Legislaturperiode** **19**
Vorlage 16/222 (nachgereicht)
Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales
Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Diskussion zu dem Bericht in der nächsten Ausschusssitzung zu führen.
- 7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)** **25**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300
Vorlage 16/150 (Erläuterungen zum Einzelplan)
Vorlage 16/227 (nachgereicht) (Eckpunkte des Haushaltsentwurfs)
Vorlage 16/226 (nachgereicht) (vorläufiger Haushaltsabschluss 2011)
– Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales –
– Einbringung durch den Minister für Inneres und Kommunales –
– Einzelberatungen –
Diskussion
- 8 Verbotsverfügungen des Innenministers gegen Rockerclubs** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **27**
Bericht eines Vertreters des Ministeriums für Inneres und Kommunales
Diskussion

- 9 Situation in den nordrhein-westfälischen Erstaufnahmeeinrichtungen**
(TOP beantragt von der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP; s. Anlage) **29**
- Bericht einer Vertreterin des Ministeriums für Inneres und Kommunales
Diskussion
- 10 Sprengung einer Fliegerbombe in Viersen** (TOP erbeten vom Ministerium für Inneres und Kommunales) **37**
- In Verbindung mit:
- Evaluierung von Einsätzen bei Großlagen/Großschadensereignissen**
(TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage)
- Bericht einer Vertreterin des Ministeriums für Inneres und Kommunales
- 11 Verschiedenes** **42**
- a) Verfahrensgrundsätze des Innenausschusses** **42**
- Vorlage 16/204 (nachgereicht)
- Alle Fraktionen billigen die ihnen vom Vorsitzenden im Vorfeld schriftlich unterbreiteten Verfahrensgrundsätze.
- b) nächster Sitzungstermin** **42**
- c) Obleutegespräch** **42**

1 **Fünftes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/178

(vom Plenum nach der ersten Lesung am 13. September 2012 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen – Votum des Rechtsausschusses: Zustimmung der Fraktionen von SPD, Grünen und CDU bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten)

Hans-Willi Körfges (SPD) kündigt die Zustimmung der Koalitionsfraktionen zu dem Gesetzentwurf und dem Verfahren und darüber hinaus eine grundsätzliche Thematisierung des Komplexes „Widerspruchsverfahren“ – s. Art. 10 des Gesetzes betreffend die „Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen“ – zu einem späteren Zeitpunkt an, da es gelte, ein Resümee für die Zeit nach – der von SPD und Grünen als falsch erachteten – Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zu ziehen. Mit der jetzigen Zustimmung wolle man nur eine unvorbereitete Wiedereinführung mit unabsehbaren Folgen für Verwaltung und Gerichte verhindern.

Dr. Robert Orth (FDP) versteht die Verlängerung der Befristung als Einstieg in ein neues Nachdenken bei SPD und Grünen und einen Schritt auf dem Weg hin zu der Erkenntnis, dass die Masse der Menschen das Widerspruchsverfahren insofern nicht vermisste, als die Behörden angesichts gerade seiner Abschaffung und damit der Aussicht für die Behörden, bei Gericht im Falle einer Klage des jeweils Betroffenen zu unterliegen, von vornherein qualitativ bessere Ausgangsentscheidungen lieferten.

Probleme bereite der FDP-Fraktion der Gesetzentwurf mit Blick auf die Gemeindeordnung, die Evaluierungspflichten und das Abrücken von der Position des früheren SPD-Innenministers Dr. Fritz Behrens, grundsätzlich alle Vorschriften zu befristen, während die Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf nun wieder beginne, Rechtsnormen für die Ewigkeit zu schaffen. Von daher werde sich die FDP-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und CDU bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten.

